



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 120. Ratssitzung vom 11. Dezember 2024

4066. 2024/418

Weisung vom 11.09.2024:

Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2025–2028

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2025–2028 wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2024/418 und 2024/421

Referat zur Vorstellung der Weisung:

Sven Sobernheim (GLP): *Der Budgetentwurf des Stadtrats sieht inklusive Novemberbrief einen Aufwandüberschuss von rund 245 Millionen Franken vor. Der Aufwand liegt bei 11,2 Milliarden Franken, die Einnahmen bei 11,98 Milliarden Franken. Zum ersten Mal legt der Stadtrat für die selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten ein getrenntes Budget und einen Finanz- und Aufgabenplan (FAP) vor. Im Budget sind 676,5 zusätzliche Stellenwerte budgetiert, 381 davon im Schul- und Sportdepartement (SSD). Speziell hervorzuheben ist, dass im Novemberbrief 59 neue Stellenwerte beantragt wurden. Beim Sach- und Betriebsaufwand haben wir eine Abnahme von 150 Millionen Franken. Das liegt vor allem an den eigenen Wirtschaftsbetrieben, namentlich dem Elektrizitätswerk (ewz), das aufgrund der Beruhigung im Strommarkt deutlich weniger budgetiert hat. Die Investitionsausgaben im Verwaltungsvermögen erhöhen sich um 501 Millionen auf 2,27 Milliarden Franken und im Finanzvermögen sinken sie um 119 Millionen auf 531,8 Millionen Franken. Beim Steuerertrag rechnet die Stadt mit Einnahmen von 3,816 Milliarden Franken, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um 278,3 Millionen Franken entspricht. Der Ertrag teilt sich auf rund 2 Milliarden Franken von natürlichen Personen und rund 1 Milliarde Franken von juristischen Personen auf. Hervorzuheben ist, dass die Grundstückgewinnsteuer mit 510 Millionen Franken budgetiert ist. Die meisten übrigen Einnahmen sind im Bereich der Rundungsdifferenz. Im FAP steht das Gleiche wie letztes Jahr. Hervorzuheben ist, dass der Stadtrat schreibt, dass wir rückblickend in 13 von 15 Jahren ein Rechnungsergebnis hatten, das besser als budgetiert war. Im Durchschnitt waren es rund 180 Millionen Franken. In finanzieller Hinsicht sieht der FAP bis zum Jahr 2028 einen jährlichen Aufwandüberschuss von 226,2 Millio-*



nen bis 398,3 Millionen Franken vor. Beeinflusst wird der FAP vor allem von den Themen Tagesschule, Netto-Null, Fachplanung Hitzeminderung und Heizungsersatz. Ich komme zu den Anmerkungen der Rechnungsprüfungskommission (RPK). Der eigenständige FAP der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten wird von der RPK begrüsst. Allerdings wurde diese Aufgabe sehr unterschiedlich wahrgenommen. Beispielsweise beschreibt die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien (SWkF) ausführlich, was sie in den Neubauten Felsenrain und Thurgauerstrasse in welchem Jahr investieren will. In Kontrast dazu steht die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW), die ein Projekt pro Jahr namens «Bauprojekte» ausweist. Ein unschönes Thema ist die Asyl-Organisation Zürich (AOZ). Sie hat es nicht geschafft, uns bis zum Abschluss in der Kommission ein Budget vorzulegen. Wir werden in diesem Jahr also kein Budget der AOZ behandeln können, sondern müssen es im nächsten Jahr nachträglich zur Kenntnis nehmen, wenn es bereits in Anwendung ist. Die RPK erwartet, dass im kommenden Jahr auch das von der AOZ vorgelegte Budget rechtzeitig bei uns ist. Nur so lässt sich die gemeinderätliche Oberaufsicht wahrnehmen: Der städtische Betriebsbeitrag, den wir mit der Budgetvorlage beschliessen, hat eine Abhängigkeit vom Budget der AOZ. Auch in diesem Jahr gab es Änderungen in der Budgetstruktur, die den Vergleich mit dem Vorjahr schwieriger machen. Die Fernwärme von Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) haben wir ins Globalbudget des ewz verschoben. Das führte dazu, dass das ewz sein Globalbudget komplett neu strukturierte. Das Thema Globalbudget wird uns in der diesjährigen Budgetdebatte mehr als üblich beschäftigen. Während des laufenden Jahres haben wir zwei Globalbudget-Anträge überwiesen. Beide Anträge wurden nicht im Sinn der Antragstellenden ausgeführt, weshalb wir fünf Anträge zu den zwei Globalbudget-Anträgen haben. Auch mit dem Thema Fringe Benefits befasste sich die RPK ausführlich. Im Juni 2023 stimmte der Gemeinderat einer Änderung des Personalrechts zu. Dabei regelte er die Verpflegung und den Mobilitätsbeitrag zentral und übergab den Departementsvorstehenden die Kompetenz für die dezentralen Fringe Benefits. Aus Sicht der RPK zeigt die aktuelle Budgetvorlage, dass das Ziel der Vereinheitlichung in der ganzen Stadt nur teilweise erreicht wurde und dass es in den Dienstabteilungen noch deutliche Budgetierungsschwierigkeiten hierzu gab. Die RPK wird das Thema im laufenden Jahr mit entsprechenden Rückfragen begleiten müssen. Der FAP wird von einer Mehrheit der RPK zur Kenntnis genommen. Eine Minderheit nimmt ihn ablehnend zur Kenntnis. Die Mehrheit der RPK wird dem Budget sowie den Globalbudgets zustimmen, eine Minderheit lehnt sie ab. Der Antrag des Stadtrats zur Übertragung der pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS) wird einstimmig angenommen. Beim Steuerfuss plädiert eine Mehrheit für 119 Prozent, während zwei Minderheiten für 116 Prozent respektive 112 Prozent plädieren. Einstimmig beantragt die RPK die Genehmigung des Budgets und FAP der Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen sowie die Kenntnisnahme des Budgets und FAP der SAW. Dem FAP und dem Budget der SWkF sowie der Stiftung Einfach Wohnen (SEW) wird mehrheitlich zugestimmt. Die Kenntnisnahme des Globalbudgets der AOZ ist wie gesagt nicht möglich. Dem städtischen Betriebsbeitrag aber stimmt eine Mehrheit zu. Erwähnen wollen wir, dass es dieses Jahr rund 110 Anträge zur Budgetvorlage 2025 sind, während vor



wenigen Jahren noch 300 Anträge üblich waren. Die RPK konzentrierte sich also auf wenige, dafür politisch relevante Anträge.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 4067/2024–4073/2024)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Schaue ich das Budget an, dann ist es für mich wie ein grosser Garten. Es wächst viel Gemüse, viele Früchte und auch Kräuter haben Platz. Als Finanzvorsteher weiss man nicht immer sofort, was im hintersten Beet los ist und ab und zu muss man sprinten. Wenn es jeweils zur Budgetdebatte kommt, haben manche den Eindruck, dass man ihrer Pflanze noch möglichst viel Wasser geben müsste, damit sie Ende Saison blüht. Gewisse Dinge kann man aber auch ertränken und es beginnt zu faulen. Das ist die eine Wahrnehmung. Dann gibt es solche, die die Wasserrechnung bemängeln und fordern, dass alles abgestellt werden soll. Die Pflanzen brauchen aber alle Wasser, Dünger und Gartenarbeit. Der Stadtrat sieht Ihre Bemühungen und Beurteilungen. Aber er hat trotz allem den Eindruck, dass er Ihnen ein vernünftiges, durchdachtes Budget vorlegt, das dazu beiträgt, dass der städtische Garten weiterhin blüht. Dass der Garten blüht, sieht man an erwähnten Faktoren, die Sie teilweise unterschiedlich beurteilen. Es gibt Früchte, Gemüse, Kräuter – es wächst. In den Zahlen des Budgets und der Stadtentwicklung heisst das, dass wir eine wachsende Stadt, einen grossen Zuzug, wachsende Steuereinnahmen und auch wachsende Kosten haben. Das Wachstum prägt die Stadt. Wie in jedem Garten gibt es Punkte, bei denen nicht jedes Wachstum erwünscht ist oder bei denen eine Pflanze schneller wuchert und kleinere Pflanzen in den Schatten stellt. Wir sind der Meinung, dass es dort Unterstützung braucht. Wir denken dabei an den Sozialbereich, bei dem wir nicht alles treiben lassen können. Es braucht manchmal eine Korrektur oder einen Schnitt und vor allem braucht es Unterstützung in den Bereichen, in denen das Wachstum nicht die erwünschten Effekte hat. Der Stadtrat malt kein Schreckensszenario. Dass das städtische Budget ein Defizit aufweist, ist kein neues Phänomen. Das war in den letzten Jahren fast immer so und kam meistens besser raus. Einige haben den Eindruck, dass ein Defizit bereits eine Fehlernte prognostiziert und alles im Regen ertrinke. Das ist nicht der Fall. Mit diesem Defizit können wir umgehen. Es ist ein Stück weit systemimmanent: Nicht alles lässt sich umsetzen. Der Stadtrat macht keinen Hehl daraus, dass die Investitionen in Zukunft noch mehr angeschaut werden müssen. Wir legten das in der Rechnungsprüfungskommission (RPK) ausführlich dar. Wir sehen die Investitionen ansteigen. Der Kauf von Liegenschaften ist das eine, die Investitionen steigen aber auch im Verwaltungsvermögen massiv an. Hier muss man genau hinschauen. In Panik verfallen muss man nicht, es braucht eine langfristige Steuerung. Investitionen muss man nicht vom einen auf das andere Jahr, sondern langfristig steuern. Es ist also kein Schreckensszenario, es braucht aber eine genauere Betrachtung, denn der Anstieg ist massiv. Er ist auch ein Ausdruck der wachsenden Stadt, von den Aufgaben über Volksbeschlüsse und Initiativen hin zu Aufträgen. Denn auch Sie wollen, dass wir die Stadt gestalten. Der grösste Teil des Budgets wird durch Aufträge bestimmt, die nicht direkt vom Stadtrat kommen. Wir schauen dieser Ratsdebatte mit*



Gelassenheit entgegen und werden uns dort äussern, wo wir es für nötig befinden.

Eintreten ist unbestritten

Kommissionsmehrheit/-minderheit zum FAP und zum Änderungsantrag FAP:

Sven Sobernheim (GLP): *Eine Mehrheit der RPK beantragt, dass man den Finanz- und Aufgabenplan (FAP) wie vom Stadtrat ausgearbeitet zur Kenntnis nimmt. Er beinhaltet alles von Sukkulenten bis zu Wasserpflanzen und ist anzunehmen.*

Johann Widmer (SVP): *Wenn man den FAP als Sonderfall bezeichnen würde, wäre das eine Verharmlosung der Realität. Ich zitiere jeweils aus dem FAP und repliziere aus liberaler und SVP-Sicht. Unter «Strategisches Ziel» steht: «Die Stadt Zürich hat langfristig stabile Finanzen.» Diese Aussage ist ein Hohn, wenn man das Verhalten der politischen Mehrheit anschaut, die dieses Ziel nicht erreichen wird. Das Verhalten ist nicht auf stabile Finanzen ausgelegt. Die Risiken werden massiv unterschätzt. Unter «Finanzpolitische Grundsätze» steht: «Die städtische Finanzpolitik steht im Dienste der wirtschaftlichen, sozialen sowie ökologischen Zielsetzungen der Stadt Zürich und des Ziels, dass Zürich für alle Anspruchsgruppen eine lebenswerte Stadt ist und bleibt.» Der Motor der Wohlstandsbildung ist immer noch die Wirtschaft. Sie wird im Vergleich zu den beiden anderen Zielsetzungen stark vernachlässigt. Vor allem die wahnhaft verfolgten Ziele in den Bereichen Ökologie und Klima kosten unheimliche Summen. In den nächsten zwanzig Jahren sind es etwa 12 Milliarden Franken. Die Sozialindustrie wird ebenfalls massiv finanziert. Somit steht die Finanzpolitik nicht allen Anspruchsgruppen gleichermaßen zur Verfügung. Weiter geht es mit: «Sie trägt damit zu attraktiven Rahmenbedingungen für Bevölkerung sowie Wirtschaft bei, sichert städtische Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Umwelt, Kultur, Sicherheit, Soziales usw.) und unterstützt die Klimaziele mit den Massnahmen für Netto-Null bis 2040.» Attraktive Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und Bevölkerung sehen anders aus, beispielsweise wären es Steuersenkungen. Die Klimaziele sind einem Wahn geschuldet und stellen keine attraktiven Rahmenbedingungen dar. Sie erlangten nur eine teure und überdimensionale Bedeutung. «Mit seiner Finanzpolitik strebt der Stadtrat an, dass bestehende Investitionen unterhalten und im Wert erhalten bleiben sowie Investitionen in neue Infrastrukturen finanziert werden können.» Dass bestehende Infrastrukturen gepflegt werden müssen, ist klar. Dass aber neue Investitionen zu überbewerteten Preisen gebaut werden, ist unverständlich. Überall gibt es den «Züri-Finish», aufgrund von mangelhaften Projektleitungen und schlecht ausgehandelten Einkaufsbedingungen wird teuer gebaut. Unter «Finanzpolitische Richtwerte» steht: «Der Stadtrat strebt den mittelfristigen Ausgleich von Aufwand und Ertrag an. Er setzt sich für einen haushälterischen Einsatz der Mittel ein.» Das ist schlichtweg nicht die Realität. Ein Politiker kann das nicht erfüllen, er ist kein Volksvertreter mehr. Sonst würde er mit dem ihm anvertrauten Steuergeld tatsächlich haushälterisch umgehen. Die explodierenden Budgets der letzten Jahre widersprechen dieser Aussage fundamental. «Der Stadtrat richtet seine Steuerpolitik auf das Volumen [...] der*



städtischen Aufgaben [...] aus.» Im Klartext heisst das, dass alles zur Staatsaufgabe erklärt, was von der Sozial-, Schul- und Wohnindustrie sowie dem Klimawahn gefordert wird. Finanziert wird es durch Steuererhöhungen und neue Gebühren. Die Parkplatzgebühren machen den Anfang. Der Gemeinderat bestellt weitere Ausgaben. Der Souverän wird durch die Aussagen im FAP hinter Licht geführt und kann die Konsequenzen nicht sehen, weil man sie ihm verschweigt und weil niemand das Ganze liest. Unsere Kinder werden einen finanzpolitischen Scherbenhaufen erleben und bei besten klimatischen Verhältnissen über Generationen Verfehlungen abzahlen müssen. Auch die «Letzte Generation» wird einmal feststellen, dass sie nicht die letzten sind, sondern massiv zur Kasse gebeten werden. Unser Fazit ist es, den FAP ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Das auf diesen Grundlagen beruhende Budget ist auch nicht sinnvoll. Die linksgrünen Politiker tragen die Verantwortung für diese jahrelangen Fehlleistungen.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Florian Blättler (SP): *Grundsätzlich ist ein FAP eine Vorschau auf die Pläne des Stadtrats – Pläne muss man lesen können. Wir haben einen Rückgang des zweckfreien Eigenkapitals um 1,3 Milliarden Franken in den nächsten fünf Planjahren. Das Fremdkapital steigt auf 14 Milliarden Franken an. Das könnte beängstigend sein, man muss es aber richtig lesen. Schaut man, was im FAP im Jahr 2019 für das Jahr 2023 vorausgesagt wurde, dann sieht man, dass das Eigenkapital in der Rechnung 2023 um 1,2 Milliarden Franken besser abgeschlossen wurde. Das Fremdkapital ist nicht wie vorhergesagt um 3 Milliarden Franken angestiegen, es ist trotz der Corona-Jahre gesunken. Das liegt einerseits daran, dass die Rechnung systembedingt jährlich um 200 Millionen Franken besser abschneidet. Andererseits können nicht alle budgetierten Investitionen umgesetzt werden. Realistisch gesehen sagt der FAP also voraus, dass das Eigenkapital in etwa konstant bleibt oder leicht ansteigt, während das Fremdkapital auf 9–11 Milliarden Franken, nicht aber auf 14 Milliarden Franken ansteigen wird. Zwei kapitalintensive Bereiche will ich speziell erwähnen, die mir am Herzen liegen. Das Erste ist die wirtschaftlich wichtige Energieversorgung. Wir haben einerseits die Heizwärme, die grösstenteils aufgegleist ist. Dort sind wir in der richtigen Richtung unterwegs. Mein Wunsch wäre es zu beschleunigen, wenn es dafür Möglichkeiten gibt. Kritischer sieht es bei der elektrischen Energie aus. Wir haben das nationale Problem, dass die Atomenergie wegfallen wird und gleichzeitig haben wir die städtische Frage, ob wir die Wasserkonzessionen erneuern können. Die geplanten Investitionen werden das Wegfallende in etwa kompensieren. Problematisch ist aber, dass der Grossteil der Investitionen im Ausland ist. Fehlende Stromtrassen in den Nachbarländern führen dazu, dass die Investitionen zwar das gesamteuropäische Stromnetz stabilisieren, jedoch kaum zur lokalen Versorgungssicherheit beitragen werden, weil wir den Strom nicht in die Schweiz bringen. Darum ist entscheidend, dass das ewz weiterhin bemüht ist, die einheimische Stromproduktion zu fördern, auch in der Stadt. Ich bin mir sicher, dass die ewz-Mitarbeitenden motiviert und bemüht sind, das umzusetzen. Es ist wichtig, dass die Politik klar signalisiert, dass wir gewillt sind, diese Bemühungen zu unterstützen und zu würdigen. Der zweite Punkt ist das grosse Sorgenkind der Bewohner*innen: die ständig steigenden*



*Mieten. Wer behauptet, die Lösung zu haben, lügt oder hat verhältnismässig wenig Ahnung von der Komplexität des Problems. Es gibt nicht die eine Lösung. Es braucht einen Strauss von Ansätzen. Sie werden das Problem nicht nachhaltig lösen, sondern nur mindern können, wie das in allen wachsenden Städten der Fall ist. Wir haben aber einen wichtigen Pfeil im Köcher: Die Stadt betreibt eine aktive Boden- und Immobilienpolitik. Das ist auch im traditionellen Sinn von der mittelalterlichen Allmend über die neuzeitliche Bürgergemeinde hin zu den heutigen Kommunen zu sehen. Das Vorgehen wurde von den Zürcher*innen mehrfach an der Urne bestätigt. Wir haben das klar formulierte Drittelsziel in der Gemeindeordnung. Dazu fehlen uns aktuell 8–9 Prozent. Um 1 Prozent im Wohnungsmarkt zu bewegen, ist ein Kapitaleinsatz von 2–3 Milliarden Franken notwendig. Mit den 0,5 Milliarden Franken in Budget und FAP würde es drei bis sechs Jahre dauern, um 1 Prozent zu bewegen, wenn die Stadt nicht wächst. Mit dem Wachstum wird es etwa doppelt bis dreimal so lange gehen. Wenn wir etwas für die Menschen in der Stadt erreichen wollen, dann sind die 0,5 Milliarden Franken das absolute Minimum. Eine klare Steigerung dieser Investitionen ist notwendig. Die Massnahmen kosten die Steuerzahler*innen am Ende des Tages keinen einzigen Franken. Abschreibungen, der Unterhalt und die Zinskosten werden vollumfänglich von der Mieterschaft getragen. Die Stadt profitiert davon, dass die Schulden aufgrund der Teuerung abgetragen werden, ohne dass sie dafür einen Franken investieren muss. Nebst allen Pfeilen im Köcher der Stadt zur Linderung der Probleme mit den überhöhten Mietzinsen, ist der Erwerb von Boden und Liegenschaften langfristig die günstigste Massnahme.*

Pärparim Avdili (FDP): *Dr. Florian Blättler (SP) hat uns schön die Welt erklärt. Das kann er, wie er auch das Budget und den FAP schönreden kann, weil er weiss, dass die Steuereinnahmen sprudeln. Wir haben eine starke Privatwirtschaft, die Wertschöpfung kreiert, was zu zusätzlichen Mehreinnahmen führen kann, wie wir immer in den Budgetbüchern sehen. So kann er uns locker und entspannt erklären, wie man den Staat weiter unnötig aufblähen kann. Mit vielen Einzelanträgen werden wir heute und morgen aufzeigen, wo dies unnötig passiert. Die FDP steht hinter den Investitionen in die Infrastruktur, in den Ausbau von erneuerbaren Energien, in den öffentlichen Verkehr und in viele weitere Infrastruktur-Projekte, die unsere Stadt braucht, seien es Erneuerungen, Weiterentwicklungen oder Investitionen in die Zukunftsfähigkeit. Der FAP ist ein Blick in die Glaskugel und keine genaue Berechnung. Aus den vergangenen Jahren wissen wir, dass der Aufwand immer höher und die Einnahmen immer tiefer dargestellt werden. Wir wissen auch, dass man immer mit falschen Annahmen gerechnet hat. Ich will nicht unterstellen, dass das aus politischen Gründen bewusst gemacht wurde. Aber aus den vergangenen Jahren kann man schlauer werden und dies in zukünftige Prognosen einfließen lassen. Die FDP steht nicht hinter dem unnötigen Aufbau und Ausbau der langfristigen Finanz- und Verwaltungsanlagen, die schliesslich in die Aufnahme von langfristigem Fremdkapital umgewandelt werden. Fakt ist, dass wir beim langfristigen Fremdkapital gemäss FAP von 10 Milliarden auf 17 Milliarden Franken aufstocken werden, während das Eigenkapital gemäss den Prognosen auf unter 7 Milliarden Franken sinken wird. Das macht man, weil es einerseits die notwendigen Investitionen braucht. Aber man macht es auch unnötigerweise wie beispielsweise beim Zukauf von Liegenschaften.*



500 Millionen Franken werden jährlich eingesetzt. Wenn es nach dem Stadtrat gegangen wäre, hätten wir 1 Milliarde Franken mehr beim Kauf des Uetlihofs eingesetzt. Zum Glück ist das nicht passiert. Heute sehen wir, dass das ein Fehler gewesen wäre, nicht nur wegen der Immobilie selbst, sondern auch wegen der finanziellen Lage und Situation der Stadt. Es ist nicht bequem, wenn 17 Milliarden Franken Fremdkapital angehäuft werden. Florian Utz (SP) schreibt in der Medienmitteilung «endlich mehr bezahlbarer Wohnraum». Dreissig Jahre seid ihr bereits an der Macht. Was habt ihr in dieser Zeit gemacht? Offensichtlich habt ihr versagt, wenn wir «endlich mehr Wohnraum» brauchen und eure Rezepte nicht zum Erfolg führten. Wir sind bereit zu übernehmen, denn wir bringen Lösungen, wie dringend benötigter Wohnraum geschaffen werden kann. Die Medienmitteilung zur Erreichung des sogenannten Drittelsziels zeigt auf, dass sich einerseits die Zahl nicht verändert hat. Die eingesetzten Milliarden Franken sind verpufft. Andererseits zeigt sie auf, dass bei einer richtigen Berechnung bereits heute ein Drittel der Menschen in gemeinnützigen Wohnungen wohnen. Ich bin mir sicher: Wenn der gemeinnützig eingesetzte Teil richtig verteilt würde, dann würden die Richtigen davon profitieren und das Wohnproblem wäre sehr viel kleiner. Aufgrund des zunehmenden Schuldenbergs und der Fahrt in Richtung Gewitter werden wir den FAP ablehnen.

Tanja Maag (AL): Die systemimmanente Abweichung zwischen Budget und Rechnung nehmen wir in Kauf. Wir haben grundsätzlich keinen Verdacht, dass das Budget absichtlich aufgeblasen wird, um den Rechnungsabschluss besser aussehen zu lassen. Das Budget soll unvorhergesehene Aufgaben und Reserven berücksichtigen, um der Stadt Flexibilität zu geben. Zürich hat für das Jahr 2025 eine sehr gute finanzielle Ausgangslage. Das zweckfreie Eigenkapital wird sich geringfügig verändern. Es reduziert sich, hört sich aber viel bedrohlicher an als der budgetierte Zielwert von 2,1 Milliarden Franken. Die Herausforderungen in den wichtigen Kernfeldern Wohnbau, Klimaschutz, Infrastruktur und Tagesschule sind wichtig und mit der jetzigen Ausgangslage zu stemmen. Der Aufwand in menschliche Ressourcen, der Leistungsausbau im Betreuungsbereich der Tagesschule, aber auch Beiträge im Asylbereich und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum – das lohnt sich. Es kostet etwas, aber erzielt langfristig einen Mehrwert, der in der Bilanz nicht direkt ersichtlich, für die Stadt aber von Nutzen ist. Im FAP akzentuiert sich der Investitionsbedarf über die nächsten Planjahre. Es wurde darauf hingewiesen, dass der aus der Erfolgsrechnung generierte Geldfluss die Investitionen nur teilweise oder zu einem geringen Teil finanzieren kann. Die erforderlichen Mittel sind als Fremdkapital am Kapitalmarkt zu beschaffen, was zu einer stärkeren Abhängigkeit von der Konjunktur- und Zinsentwicklung führt. Das braucht Wachsamkeit und situative Entscheidungen. Investitionen sind Aufwendungen, die später einen Nutzen bringen und zum Beispiel im Feld der Eigenwirtschaftsbetriebe Erträge generieren.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Der FAP stösst einem bitter auf. Schön wurde von den 14 Milliarden Franken Fremdkapital gesprochen, das noch steigen soll. Fremdkapital entspricht Schulden und Schulden muss man verzinsen. Heute haben wir tiefere Zinsen, davon sollte man sich nicht blenden lassen. Vor zwei Jahren stiegen die Zinsen mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine massiv an. Jetzt sind sie wieder etwas tiefer. Das



heisst nicht, dass das langfristig so bleiben wird. Man kann heute langfristiges Kapital zu günstigen Zinsen aufnehmen. Aber man kann es nicht sehr lange aufnehmen. Wenn die Zinsen später wieder ansteigen, dann steht Zürich mit einem solchen Plan sehr schlecht in der Landschaft. Ich beurteile die geopolitische Lage pessimistisch und warne vor dieser Verschuldung. Die Rechnungen sehen immer besser als das Budget aus. Das mag in der Vergangenheit so gewesen sein. Man muss aber in die Zukunft schauen und sich fragen, ob es immer so sein wird und ob die Steuereinnahmen immer so sprudeln werden. Wenn es die Stadt geschafft hat, gute Steuerzahler mit ihrer Politik zu vertreiben, dann sprudeln die Einnahmen nicht mehr. Der FAP ist ein Kompass Richtung Abgrund.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2025–2028 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)
Enthaltung: Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



9 / 9

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2025–2028 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 18. Dezember 2024 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat